



Europa-Info-Mail

für das Münsterland . Januar 2009

Dr. Markus Pieper, MdEP



Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

auf diesem Weg wünsche ich Ihnen zunächst alles Gute für das Jahr 2009, vor allen Dingen Gesundheit und Zufriedenheit, sowohl privat als auch beruflich.

Ein spannendes und ereignisreiches Jahr hat begonnen. Im "Superwahljahr 2009" finden mehrere Landtags- und Kommunalwahlen statt. Hessen hat am vergangenen Wochenende bereits den Anfang gemacht. Ende September wird darüber hinaus der Deutsche Bundestag neu gewählt. Doch die wichtigsten Wahlen in diesem Jahr finden am Sonntag, den 7. Juni 2009 statt - die Wahlen zum Europäischen Parlament.

Warum ist ausgerechnet diese Wahl so wichtig? Mittlerweile kommt ca. 80 % der Gesetzgebung aus Europa. "Europa" bestimmt das Leben von fast 500 Millionen Bürgern in 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Nur über das Europäische Parlament sind die Bürger der Nationalstaaten durch die Abgeordneten vertreten und können ihren Anliegen Gehör verschaffen.

Die CDU ist die Europapartei. Wir wissen: Finanzkrise, Gasstreit, Binnenmarkt, Klimawandel - die Mitgliedsstaaten sind nur stark, wenn Europa stabil ist und einen soliden Ordnungsrahmen schafft. Deshalb darf sich die EU auch nicht überdehnen. Deshalb darf sich Europa nicht im Klein-Klein verzetteln und sich in Sachen einmischen, die Deutschland und die Regionen besser können.

Daher schon heute meine Bitte an Sie: Werben Sie für die Wahl. Werben Sie dafür, dass die Bürgerinnen und Bürger über ihre Vorstellung von der Zukunft Europas abstimmen.

Mit freundlichen Grüßen

Markus Pieper, MdEP

Besuchen Sie meine **Internetpräsenz:**
www.markus-pieper.eu

Dr. Markus Pieper, MdEP

Europäisches Parlament . Rue Wiertz, ASP 15 E 217 . B-1047 Brüssel
Telefon +32-2-284.53.05 . Fax +32-2-284.93.05
markus.pieper@europarl.europa.eu . www.markus-pieper.eu

Europa-Info-Mail

für das Münsterland. Januar 2009

Dr. Markus Pieper, MdEP



Inhaltsverzeichnis (1)

Thema des Monats	<i>Seite 4</i>
_ Gasstreit: Nur mehr EU-Kompetenz schafft Versorgungssicherheit	<i>Seite 4</i>
Aus den europäischen Institutionen	<i>Seite 5</i>
_ Tschechien übernimmt EU-Ratspräsidentschaft	<i>Seite 5</i>
_ Alle EU-Internetseiten auch auf Deutsch	<i>Seite 5</i>
_ Strukturfonds: Schadenssumme durch Missbrauch gestiegen	<i>Seite 5</i>
Landwirtschaft, Umwelt, Verbraucherschutz	<i>Seite 6</i>
_ Agrarreform: Weniger Kürzungen für kleine Betriebe	<i>Seite 6</i>
_ Neu EU-Standards zu Pflanzenschutz unter Dach und Fach	<i>Seite 6</i>
_ Förderung der Wiederverwertung und des Recycling von Abfall	<i>Seite 6</i>
_ Voraussetzung für Tierversuche soll EU-weit verschärft werden	<i>Seite 7</i>
_ Fettleibigkeit zunehmend gesamteuropäisches Problem	<i>Seite 7</i>
_ Unterhaltsansprüche europaweit leichter eintreiben	<i>Seite 7</i>
_ Sammelklagen - kein Vorbild USA	<i>Seite 8</i>
_ Kontowechsel ab 1. November 2009 einfacher	<i>Seite 8</i>
Wirtschaft, Energie und Verkehr	<i>Seite 9</i>
_ 10 Jahre Euro: Unverzichtbarer Stabilitätsanker	<i>Seite 9</i>
_ Kleinstbetriebe von Bilanzierungspflicht befreien	<i>Seite 9</i>
_ Diskussion zur Europäischen Privatgesellschaft geht weiter	<i>Seite 9</i>
_ Weiter Verbesserung bei Breitbandversorgung in Europa	<i>Seite 9</i>
_ Energieeinsparungen bei Gebäuden	<i>Seite 10</i>
_ Trafos: Zukünftig keine Energiefresser mehr	<i>Seite 10</i>
_ Vergleich nationaler Rechtsquellen zu Erneuerbare Energien	<i>Seite 10</i>
_ Überarbeitung der Kraft-Wärme-Kopplung Richtlinie	<i>Seite 10</i>
_ Förderung des Schienengüterverkehrs	<i>Seite 11</i>
_ Erhöhung der Freigrenze für zollfreie Mitbringsel	<i>Seite 11</i>
_ Ausrichtung der Förderschwerpunkte der Kohäsionspolitik	<i>Seite 11</i>



Europa-Info-Mail

für das Münsterland. Januar 2009

Dr. Markus Pieper, MdEP

Inhaltsverzeichnis (2)

EU-Erweiterung	<i>Seite 12</i>
_ Versäumnisse der Kommission in Bulgarien rächen sich	<i>Seite 12</i>
Kommunales	<i>Seite 13</i>
_ Datenbank für kommunale Partnerschaften	<i>Seite 13</i>
_ EU-Referenzrahmen für Stadtentwicklung	<i>Seite 13</i>
_ Verkürzung des Vergabeverfahrens	<i>Seite 13</i>
_ Aktionsplan für elektronisch Signaturen	<i>Seite 14</i>
_ Verhaltenskodex für Beihilfeverfahren	<i>Seite 14</i>
Förderung und Termine	<i>Seite 15</i>
_ EU-weiter Projekttag an den Schulen 2009	<i>Seite 15</i>
_ Kontaktstelle für "Europa für Bürgerinnen und Bürger"	<i>Seite 15</i>
_ Comicwettbewerb zur Staatsbürgerschaft	<i>Seite 15</i>
_ Förder-Handbuch	<i>Seite 15</i>
_ Europa für Bürgerinnen und Bürger	<i>Seite 15</i>
Regionales	<i>Seite 16</i>
_ Arbeit für das Münsterland	<i>Seite 16</i>
_ Zu Besuch in Brüssel und Straßburg	<i>Seite 16</i>
Zu guter Letzt ...	<i>Seite 17</i>
_ Kostenloser EU-Schülerkalender	<i>Seite 17</i>

Thema des Monats

Gasstreit: Nur mehr EU-Kompetenz schafft Versorgungssicherheit

Der andauernde Streit über russische Gaslieferungen hat in den vergangenen Wochen deutlich gemacht, dass nur eine stärkere Zusammenarbeit aller EU-Mitgliedstaaten im Rahmen der Europäischen Union eine dauerhafte Energieversorgung auch für Deutschland garantiert.

Das Europäische Parlament hat sich Mitte Februar für mehr Planungssicherheit für die nationalen Energieversorgungen ausgesprochen. Dazu müssten die Mitgliedstaaten jedoch der EU ein stärkeres Verhandlungsmandat gegenüber Russland und zentralasiatischen Lieferländern einräumen. Der neue Vertrag von Lissabon, der noch nicht in allen 27 Mitgliedstaaten ratifiziert wurde, würde dies möglich machen. Auch die zunächst als deutsch-russisches Projekt geplante Ostseepipeline sollte dringend "europäisiert" werden, etwa durch einen Zugang Polens zum russischen Erdgas. Die EU-Mitgliedstaaten haben nur dann eine Chance, wenn sie sich als gemeinsame Marktmacht organisieren, anstatt einzeln zum Spielball russischer oder ukrainischer Interessen zu werden.

Ähnliches gilt auch für die Nabucco-Pipeline, wegen der es gerade erneut Ärger in Brüssel gab. Die Türkei hat sich wieder einmal selbst ins Abseits gerückt, indem sie eine Neubewertung der Pipeline in Aussicht gestellt hat. Die Pipeline jedoch nur zu akzeptieren, wenn weitere Verhandlungskapitel zum EU-Beitritt der Türkei geöffnet werden, ist Erpressung.

Wer versucht, aus der europäischen Verwundbarkeit bei der Gasversorgung Kapital zu schlagen, hat die europäische Idee grundsätzlich missverstanden. Es zeigt sich immer deutlicher, dass eine privilegierte Partnerschaft mit der EU - etwa in den Bereichen Wirtschaft, Sicherheit und Energie - die richtige Perspektive für Ankara wäre. Auch der Regionalausschuss des Europäischen Parlaments hat erneut eine Neuausrichtung der EU-Nachbarschaftspolitik gefordert. Für Nachbarländer, deren Beitrittsgespräche derzeit wenig Chancen auf Erfolg haben, soll es eine dauerhafte Anbindung an Europa auch ohne Mitgliedschaft geben.

Tschechien übernimmt EU-Ratspräsidentschaft

Mit Beginn des neuen Jahres stand der turnusmäßige Wechsel des Vorsitzes des Europäischen Rates an. Am 1. Januar 2009 hat die Tschechische Republik und mit ihr deren Premierminister Mirek Topolanek den EU-Ratsvorsitz übernommen. Anfang Januar stellte Topolanek dann auch gleich sein Arbeitsprogramm vor. Im Vordergrund stehen die Bekämpfung der Wirtschaftskrise, die Energiesicherheit und die Außenpolitik. Keine klare Position bezog der Premierminister hingegen beim Thema Vertrag von Lissabon. Tschechien ist neben Irland das einzige Land, das den Vertrag noch nicht ratifiziert hat. Der Weg dazu ist vom Verfassungsgericht bereits frei gemacht worden, nun sollte er den beiden Kammern des Parlaments möglichst bald zur Ratifizierung vorgelegt werden.

<http://www.eu2009.cz/en/>

Alle EU-Internetseiten auch auf Deutsch

Ende November hat das Europäische Parlament die Forderung gestellt, wichtige EU-Dokumente und EU-Internetseiten auch auf Deutsch zur Verfügung zu stellen. Dies gelte besonders für die Internetseiten der EU-Ratspräsidentschaften, die bisher meist nur auf Englisch oder Französisch sowie der jeweiligen Landessprache verfügbar sind. Deutsch ist immerhin die meistgesprochene Muttersprache unter EU-Bürgern.

[Entschließung des Europäischen Parlaments](#)

Strukturfonds: Schadenssumme durch Missbrauch dramatisch gestiegen

Bei den Unregelmäßigkeiten in den Strukturfonds ist ein dramatischer Anstieg festzustellen. Die Schadenssumme ist innerhalb von 10 Jahren von 43 Millionen Euro (1998) auf 828 Millionen Euro (2007) gestiegen. Der Anteil vorsätzlicher Betrugsfälle belaufe sich auf 12 - 15 %. Auch aus diesem Grund soll nun die europäische Betrugsbehörde OLAF reformiert werden. Die jetzt verbindlich gestaltete Zusammenarbeit zwischen OLAF, den Mitgliedstaaten sowie Europol und Eurojust ist ein wichtiger Meilenstein für effiziente Kontrolle und Strafverfolgungen. Die Mitfinanzierungsanteile der Regionen müssen erhöht und mehr Programme auf Darlehensfinanzierung umgestellt werden, denn nur wenn die Empfänger sich mit ihren Projekten identifizieren, wird es weniger Missbrauch des eingesetzten Geldes geben.

Agrarreform: Weniger Kürzungen für kleine Betriebe

Ende November hat das Europäische Parlament über die 'Gesundheitsprüfung' (Health Check) der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) abgestimmt. Das Parlament hat u. a. vorgeschlagen, landwirtschaftliche Betriebe, die weniger als 10.000 Euro Ausgleichszahlungen erhalten, von weiteren finanziellen Kürzungen auszunehmen. Die Vorschläge des Parlaments hatten aufgrund der Art des Legislativverfahrens jedoch nur vorschlagenden Charakter. Der Rat ist dieser Empfehlung nicht gefolgt und belässt es bei einer Freigrenze von 5000 Euro.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P6-TA-2008-0550+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

Neue EU-Standards zu Pflanzenschutz jetzt unter Dach und Fach

Mitte Januar hat das Europäische Parlament in Straßburg ein Gesetzespaket zum Einsatz und zur Zulassung von Pflanzenschutzmitteln verabschiedet. Die Vorschriften treten ab Frühjahr 2011 in Kraft. Mit Hilfe von nationalen Aktionsplänen sollen die EU-Mitgliedstaaten Zielvorgaben zur Risikoreduzierung festlegen. Der Geräte-TÜV wird EU-weit verpflichtend, damit wird für mehr Sicherheit und gleiche Wettbewerbsbedingungen in Europa gesorgt. Alle Stoffe, die krebserregend, erbgutverändernd oder fortpflanzungsgefährdend sind, werden vom Markt verschwinden. Bei der Zulassung von Pflanzenschutzmitteln wird es in Zukunft nur noch 3 europäische Zulassungszonen geben. Insgesamt gibt es damit ein EU-weit einheitliches Schutzniveau, ohne dabei eine nachhaltige landwirtschaftliche Produktion in Europa zu gefährden.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P6-TA-2009-0010+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

Förderung der Wiederverwertung und Recycling von Abfall

Nach der neuen EU-Abfallrichtlinie, auf die sich die EU-Umweltminister in ihrer Sitzung Ende Oktober geeinigt haben, muss der gesamte Lebenszyklus von Produkten und nicht nur die Abfallphase berücksichtigt werden. Der Schwerpunkt wird auf die Reduzierung der Umweltauswirkungen von Abfallerzeugung und -bewirtschaftung gesetzt. Erstmals werden europaweite Recyclingziele festgelegt. Bis 2020 müssen alle Mitgliedsländer 50% des Hausmülls und 70% des Bauschutts recyceln. Ab 2010 sind die Kommunen verpflichtet, Abfallvermeidungsprogramme und Abfallbewirtschaftungspläne zu erstellen, die alle sechs Jahre bewertet und gegebenenfalls überarbeitet werden müssen. Die Pläne und Programme sind im Internet zu veröffentlichen.

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/08/st03/st03646.de08.pdf>

Voraussetzung für Tierversuchen sollen EU-weit verschärft werden

Nach dem Willen der Europäischen Kommission soll geltende EU-Gesetzgebung künftig ausgeweitet werden und für alle Versuchstiere gelten, auch in Grundlagenforschung und Ausbildung sowie für gentechnisch veränderte Tiere. Der von der Kommission Anfang November vorgelegten Richtlinienvorschlag sieht weiterhin vor, dass die Verwendung nichtmenschlicher Primaten eingeschränkt und die Verwendung von Menschenaffen wie Schimpansen, Bonobos, Gorillas oder Orang-Utans zu Versuchszwecken grundsätzlich verboten wird. Nur in Ausnahmefällen kann ein Mitgliedstaat ermächtigt werden, solche Versuche durchzuführen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/1632&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>

Fettleibigkeit zunehmend gesamteuropäisches Problem

Die Europäische Kommission hat ihr Weißbuch "Ernährung, Übergewicht, Adipositas: Eine Strategie für Europa" und damit Maßnahmen zur Bekämpfung dieser Krankheiten vorgestellt. Mittlerweile ist die Hälfte aller erwachsenen Europäer übergewichtig oder fettleibig. Besonders betroffen sind Kinder, schon heute gelten 5 Millionen Kinder als fettleibig und fast 22 Millionen als übergewichtig. Aus diesem Grund sollen nun „ungesunde“ Nahrungsmittel aus den Automaten verbannt und Veranstaltungen für Kinder und Jugendliche nicht länger von jenen Herstellern gesponsort werden dürfen, die Produkte mit hohem Zucker-, Salz oder Fettgehalt anbieten. Zu dem Maßnahmenpaket gehören ebenso drei Schulstunden Sport pro Woche und ein Angebot an frischem Obst, Gemüse und Milch in den Schulen.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=TA&reference=P6-TA-2008-0461&language=DE&ring=A6-2008-0256>

Unterhaltsansprüche europaweit leichter eintreiben

Die Justizminister der Europäischen Union haben sich auf eine Verordnung geeinigt, wonach die Unterhaltsansprüche in jedem Mitgliedstaat ohne weiteres Anerkennungsverfahren vollstreckt werden können. Für die Einklagung und Durchsetzung ihrer Ansprüche wird Kindern unter 21 Jahren kostenloser Rechtsbeistand gewährt. In den Mitgliedstaaten wird jeweils eine zentrale Stelle eingerichtet, die ggf. bei der Vollstreckung hilft, z. B. durch das Aufspüren des Schuldners. Die Verordnung wird Anfang 2011 in Kraft treten.

http://www.bmj.bund.de/enid/421b586d50728d589f03d0ca1b8dfce3,c84e656d6f6465092d09093a09636f6e5f6964092d0935323034/Pressestelle/Pressemitteilung_n_58.html

Sammelklagen - kein Vorbild USA

Die Europäische Kommission hat Ende November ein Grünbuch über "kollektive Rechtsdurchsetzungsverfahren für Verbraucher" vorgelegt. Die Beteiligung der Öffentlichkeit soll Anfang 2009 abgeschlossen sein und dann in ein Weißbuch mit konkreten Regelungsvorschlägen einmünden. Ziel der Kommission ist ein System zur Durchsetzung von Verbraucherrechten, in dem Verbraucher kein Risiko hoher Gerichtskosten und langer Verfahren mehr tragen müssen. Einig sind sich Industrie, Handel, Kommission, Parlament und Verbraucherschützer, dass die Einführung einer Sammelklage nach US-Muster nicht zur Debatte steht, sondern ein eigenständiges europäisches System angestrebt wird. Sammelklagen gibt es bereits in 14 der 27 Mitgliedstaaten.

http://ec.europa.eu/consumers/redress_cons/greenpaper_de.pdf

Kontowechsel ab 1. November 2009 einfacher

Grundlage für diese Vereinfachung ist eine Selbstverpflichtung der europäischen Banken. Will ein Verbraucher künftig das Konto wechseln, so muss das neue Institut als erster Ansprechpartner auftreten und während der gesamten Umstellung Unterstützung leisten. Die neue Bank regelt alles Nötige mit der alten und sorgt dafür, dass alle wiederkehrenden Zahlungen des Kunden, z. B. Einzugsermächtigungen oder Daueraufträge, reibungslos und schnell umgestellt werden. Außerdem ist die neue Bank dem Kunden entweder dabei behilflich, betroffenen Dritten wie Versorgungsunternehmen die neue Kontoverbindung mitzuteilen, oder sie übernimmt diese Aufgabe selber. Schließlich hilft die neue Bank dem Verbraucher, sein altes Konto zu schließen und den Saldo auf das neue Konto zu überweisen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/1841&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Wirtschaft, Energie, Verkehr

10 Jahre Euro: Unverzichtbarer Stabilitätsanker

Mit der Einführung des Euro vor 10 Jahren, am 1. Januar 1999, ist ein lang ersehntes Integrationsprojekt Wirklichkeit geworden. Die Währungsunion hat Europa Preisstabilität und politische Identifikationskraft gebracht. Der Euro ist das mit Händen greifbare Symbol der europäischen Einigung und der Vollendung des EU-Binnenmarktes, das den Menschen und der Wirtschaft das Leben erleichtert. Darüber hinaus hat sich der Euro international etabliert und ist zu einer echten Konkurrenz für den Dollar geworden. Mit der unabhängigen Europäischen Zentralbank (EZB) und dem Stabilitätspakt hat der Euro ein starkes Rückgrat. Ohne den Euro wären viele Volkswirtschaften der Euro-Zone während der Finanzmarktkrise Währungsspekulationen ausgesetzt gewesen.

<http://www.ecb.int/ecb/10ann/html/index.de.html>

Kleinstbetriebe von Bilanzierungspflichten befreien

Der Rechtsausschuss des Europäischen Parlaments hat die Europäische Kommission Ende November dazu aufgefordert, so genannte Kleinstbetriebe von den europäischen Bilanzierungspflichten zu befreien. Die damals amtierende französische Präsidentschaft sagte bereits Unterstützung zu. Kleinstbetriebe sind Unternehmen mit weniger als zehn Beschäftigten, weniger als eine Million Euro Jahresumsatz und weniger als 500.000 Euro Gewinn. Diese sollen aus dem Anwendungsbereich der EU-Bilanzrichtlinie herausgenommen werden, da diese keine Auswirkungen auf den EU-Binnenmarkt haben.

Diskussion zur Europäischen Privatgesellschaft geht weiter

Mit der neuen gemeinschaftlichen Gesellschaftsform der Europäischen Privatgesellschaft soll die Niederlassung und Entwicklung von kleinen und mittleren Unternehmen gefördert werden. Ein Unternehmen, das Produkte im EU-Ausland verkaufen will, müsste dann keine Tochtergesellschaft nach nationalen Regeln mehr gründen, sondern könnte sich der in der ganzen EU geltenden Europäischen Privatgesellschaft bedienen. Aber auch nach langer und kontroverser Diskussion sind Fragen zum Firmensitz, zur Verantwortung des Managements und zur Ausgestaltung des Registerverfahrens, zur Höhe des Mindestkapitals und vor allem die Frage noch offen, wie die Mitbestimmung zu regeln ist. Da über die neue Gesellschaftsform die EU-Staaten einstimmig entscheiden müssen, dürfte mit einem baldigen Ergebnis nicht zu rechnen sein.

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/08/st16/st16400-re01.de08.pdf>

Weitere Verbesserung bei der Breitbandversorgung in Europa

Die Versorgung mit Breitband stieg von 18,2 % im Juli 2007 auf 21,7 % im Juli 2008. Mit 17 Millionen neuen festen Breitbandanschlüssen jährlich in der EU breitet sich demnach das Hochgeschwindigkeitsinternet immer weiter und schneller aus, während die Verbreitung mobiler Breitbanddienste angelaufen ist (6,9 %).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/1831&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Wirtschaft, Energie, Verkehr

Energieeinsparungen bei Gebäuden

Die Europäische Kommission hat einen Gesetzesvorschlag zur Gebäudeenergieeffizienz vorgelegt. Durch die Neufassung der Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden sollen im Jahr 2020 Energieeinsparungen von 60 bis 80 Millionen Tonnen Rohöleinheiten bewirkt werden, was einer Verringerung des EU-Energieverbrauchs um 5 bis 6 % entspricht. Der Anwendungsbereich der Richtlinie soll u. a. auf alle Altbauten ausgeweitet werden, nicht nur auf diejenigen über 1000 m² Fläche, wie es derzeit die Richtlinie bei größeren Renovierungen vorschreibt. Der Energieeffizienzausweis soll in alle Verkaufs- und Vermietungsanzeigen aufgenommen und seine Empfehlungen zur Energieeinsparung Teil der Kauf- und Mietunterlagen werden.
<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/08/693&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Trafos: Zukünftig keine Energiefresser mehr

Eine im Rahmen der Ökodesign-Richtlinie von der Europäischen Kommission vorgelegten Verordnung schlägt Maßnahmen zum effizienteren Umgang mit Energie vor. Trafos, in der Fachsprache „Netzadapter“ oder „externe Stromversorgung“ genannt, wandeln Strom aus dem Versorgungsnetz in niedrigere Spannung um. Dadurch können Haushalts- und Bürogeräte wie Mobil- und Schnurlostelefone, Notebooks, Modems usw. betrieben werden. Die bei der Umwandlung durch Trafos entstehenden Energieverluste sollen bis 2020 um 30 % verringern soll. Nach Zustimmung durch das Parlament soll die Verordnung Anfang 2009 in Kraft treten.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/1549&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>

Vergleich nationaler Rechtsquellen zu Erneuerbare Energien

Eine vom Bundesumweltministerium geschaffene Internet-Datenbank macht es möglich, die wesentlichen Inhalte der geltenden Regelungen zur Förderung und zum Netzzugang von Strom aus erneuerbaren Energien aus den 27 EU-Mitgliedstaaten zu recherchieren, analysieren und zu vergleichen. Die Website „Rechtsquellen für die Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien („RES LEGAL“) gliedert die Suche nach Förderung, Netzzugang, Rechtsquellen und weiter nach Förderinstrumenten, nach geförderten Technologien und nach Finanzierung. Die Datenbank ist insbesondere auch für die auf die nationale Rechts- und Förderlandschaft beschränkte Recherche einsetzbar.

www.res-legal.eu

Überarbeitung der Kraft-Wärme-Kopplung Richtlinie (KWK)

Die Europäische Kommission hat eine Mitteilung zur Kraft-Wärme-Koppelung vorgelegt. Darin wird zur Förderung der KWK eine Überarbeitung die KWK-Richtlinie 2004 angekündigt. KWK trägt etwa 2 % zur Realisierung der „20-20-20 Strategie“ bei. Darüber hinaus unterstützt sie die Bemühungen zur CO₂-Reduzierung und verringert die Netzverluste.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/08/695&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>

Wirtschaft, Energie, Verkehr

Förderung des Schienengüterverkehrs

In der Europäischen Union sollen grenzüberschreitende Bahnkorridore eingerichtet und damit der Schienengüterverkehr auf europäischen Fernstrecken attraktiver werden. Die durch mehrere Mitgliedstaaten verlaufenden Korridore erlauben es, bessere Schnittstellen zwischen der Schieneninfrastruktur und den anderen Verkehrsträgern zu schaffen. Nach einer Konsultation von Branchenvertretern und einer Folgenabschätzung soll nun ein großer Teil der Maßnahmen umgesetzt werden, die für die nachhaltige Entwicklung des Schienengüterverkehrs notwendig sind.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/1946&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Erhöhung der Freigrenze für zollfreie Mitbringsel

Die neuen Regeln zur Einfuhr von Waren in die Europäische Union gelten seit dem 1.12. 2008. Danach gibt es für zoll- und steuerfreie Einfuhren von Waren im persönlichen Reisegepäck folgende Änderungen:

1. Der Freibetrag für See- und Flugreisende sind auf 430 € und für Reisende im Straßen- und Binnenwasserverkehr auf 300 € angehoben worden.
2. Die Höchstmengen für Parfum, Eau de Toilette, Kaffee und Tee sind abgeschafft worden, d.h. diese Waren fallen künftig (nur) unter die Wertgrenze.
3. Die Freimenge für nicht schäumenden Wein sind von 2 auf 4 Liter erhöht worden.
4. Für Einfuhren von Bier gilt eine Höchstmenge von 16 Litern.
5. Die Mitgliedstaaten können die Freimengen für Tabakerzeugnisse begrenzen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/1845&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Ausrichtung der Förderschwerpunkte der Kohäsionspolitik

Die Regionalkommissarin der Europäischen Union, Danuta Hübner, legte Mitte November den Bericht „Regionen 2020 - Bewertung der künftigen Herausforderungen für die EU-Regionen“ vor. Mittels einer Reihe von Indikatoren entwirft der Bericht einen Risiko-Index, der den sehr unterschiedlichen Risikograd der Regionen im Hinblick auf die Auswirkungen der demografischen Entwicklung, Globalisierung, Energieversorgung und des Klimawandels anzeigt. Das Regionalgefälle im Hinblick auf Wirtschaftsleistung und Einkommen ist in der EU wesentlich stärker ausgeprägt als in vergleichbaren Volkswirtschaften wie den USA oder Japan. Die reichsten Regionen sind 8-mal so wohlhabend wie die ärmsten Regionen.

http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/docoffic/working/regions2020/pdf/regions2020_de.pdf

EU-Erweiterung

Versäumnisse der Kommission in Bulgarien rächen sich jetzt

Die Europäische Kommission hat sich Ende November vergangenen Jahres dazu entschieden, Bulgarien Fördergelder in Höhe von 220 Millionen Euro zu streichen. Für 2007 hat OLAF, das Europäische Amt für Betrugsbekämpfung, bei Rumänien und Bulgarien Unregelmäßigkeiten bei über 75 % der Gelder für die beiden Mitgliedstaaten festgestellt. Die aktuelle Sperrung der Mittel lässt darauf schließen, dass bereits vor 2007 und 2008 erhebliche Probleme bestanden hätten, vor denen die Kommission aber die Augen verschlossen hat. Dem Neumitglied Bulgarien muss nun unbedingt geholfen werden, mit dem EU-Recht besser klar zu kommen, denn Gelder nicht auszuzahlen ist auf Dauer keine Lösung.

Kommunales

Datenbank für kommunale Partnerschaften

Eine Datenbank soll in Zukunft die Suche nach internationalen Partnerkommunen erleichtern. Zwei virtuelle Türen öffnen die Bereiche „Europäische Partnerschaften“ und „Partnerschaften weltweit“. Dort werden jeweils praktische Informationen über eine erfolgreiche Kontaktabwicklung bis hin zu Finanzierungsmöglichkeiten von Projekten vorgehalten. Im Mittelpunkt des Europaportals steht eine Datenbank, die die Abfrage und Eingabe von Partnergesuchen in 21 Sprachen ermöglicht. Das Angebot wird ergänzt durch eine Aufstellung der aktuellen Partnerschaftsaktivitäten, Anregungen für den Aufbau einer Partnerschaft, einen Nachrichtenservice sowie das Förderprogramm der EU-Kommission „Europa für Bürgerinnen und Bürger“.

<http://www.twinning.org>

EU-Referenzrahmen für Stadtentwicklung

Auf ihrer Sitzung Ende November haben sich die Fachminister für Raumplanung und Stadtentwicklung der Mitgliedstaaten darauf geeinigt, einen übergeordneten EU-Referenzrahmen für eine nachhaltige und integrative Stadtentwicklung in der EU zu erarbeiten. Die Kommunalen Spitzenverbände sollen in die Vorbereitungen mit eingebunden werden. Vor diesem Hintergrund gewinnt die noch bis zum 28. Februar 2009 laufende Konsultation über das „Grünbuch zum territorialen Zusammenhalt“ mit dem vorgelegten Fragenkatalog besondere Bedeutung. Das Grünbuch stellt die einmalige europäische Siedlungsstruktur - die „Territoriale Vielfalt“ - als Stärke in den Mittelpunkt und zeigt Wege und Mittel auf, um die Abwanderung aus ländlichen Gebieten oder Zersiedelung zu vermeiden.

http://ec.europa.eu/regional_policy/consultation/terco/index_de.htm

Verkürzung des Vergabeverfahrens

Unter Hinweis auf die aktuelle Wirtschaftslage hat die Europäische Kommission festgestellt, dass in den Jahren 2009 und 2010 für alle größeren öffentlichen Projekte das beschleunigte Vergabeverfahren Anwendung finden kann. Nach dem beschleunigten Verfahren, das die Kommission in Anbetracht der Finanzkrise für gerechtfertigt hält, können die öffentlichen Auftraggeber die Frist für Teilnahmeanträge von 37 auf 10 Tage verkürzen, wenn die Vergabebekanntmachung elektronisch übermittelt wurde; die nachfolgende Frist für die ausgewählten Bewerber, innerhalb derer diese ihr Angebot einreichen können, kann von 40 auf 10 Tage herabgesetzt werden. Somit kann die Gesamtdauer bei nicht offenen Verfahren von 87 Tagen auf maximal 30 Tage verkürzt werden.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/2040&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Kommunales

Aktionsplan für elektronische Signaturen

Der grenzüberschreitende Zugang zu elektronischen Dienstleistungen der öffentlichen Verwaltungen soll verbessert werden. Diesem Ziel dient der von der Europäischen Kommission Anfang Dezember vorgelegte „Aktionsplan für elektronische Signaturen und die elektronische Identifizierung“. Im Kern geht es dabei um fälschungssichere Identitätsnachweise und Unterschriften. Damit soll den Bürgern und Unternehmen die Inanspruchnahme von Behördendiensten auf elektronischem Wege erleichtert werden. Dieser Aktionsplan ist für Kommunen in doppelter Hinsicht von Bedeutung: Damit wird ein System geschaffen, dass die Erledigung aller Formalitäten auf dem elektronischen Weg und aus der Ferne ermöglicht, wie es die EU-Dienstleistungsrichtlinie bis zum 28.12.2009 vorsieht und es werden zugleich die Voraussetzungen für ein EU-weites Vergabesystem geschaffen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/1428&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>

Verhaltenskodex für Beihilfeverfahren

Die Kommission arbeitet an einem Verhaltenskodex für die Durchführung von Beihilfeverfahren. Der Kodexentwurf legt fest, wie das sog. Notifizierungsverfahren von Beihilfen hinsichtlich seiner Dauer, Transparenz und Berechenbarkeit in der Praxis abzulaufen hat. Der Verwaltungsaufwand soll gesenkt und die Qualität der Anmeldungen soll verbessert werden. Dafür sollen beihilfenrechtliche Auskunftersuche gebündelt und Pränotifizierungsgespräche regelmäßige angeboten werden. Stellungnahmen insbesondere auch aus dem kommunalen Bereich können bis zum 28. Januar 2009 per E-Mail an Stateaidgreffe@ec.europa.eu eingereicht werden.

http://ec.europa.eu/competition/state_aid/reform/best_practices_de.pdf

Förderung und Termine

EU-weiter Projekttag an den Schulen 2009

Am 9. März 2009 findet der dritte bundesweite "EU-Projekttag" an Schulen statt. Die Schulen sind aufgerufen, an diesem Tag durch besondere Aktionen und Veranstaltungen, zum Beispiel durch Diskussionen mit Politikern und Vertretern europäischer Institutionen, das Interesse der Schülerinnen und Schüler an der EU zu wecken.

www.eu-projekttag.eu

Kontaktstelle für Programm "Europa für Bürgerinnen und Bürger"

Die Kontaktstelle "Europa für Bürgerinnen und Bürger" hat ihre Arbeit aufgenommen. Angeboten werden Informationen über das EU-Programm, das den Bürgerinnen und Bürgern die EU, ihre Institutionen sowie die ihr zugrunde liegenden Werte näherbringen und sie zur aktiven Mitgestaltung motivieren soll. Die Kontaktstelle (Kulturpolitischen Gesellschaft e.V., Weberstraße 59a, 53113 Bonn) berät auch bei der Antragstellung.

www.kontaktstelle-efbb.de

Comicwettbewerb zur Staatsbürgerschaft

Die Europäische Kommission hat Ende November einen Wettbewerb „EU und Staatsbürgerschaft“ gestartet. Kunst- und Grafikdesignstudenten sind bis zum 27. Februar 2009 aufgerufen, einen Comic von einer Seite Länge zu gestalten, der ohne Text den Begriff der Staatsbürgerschaft in der EU veranschaulicht. Die Teilnahme steht auch nicht Studierenden offen, die in der EU leben und sich von dem Thema angesprochen fühlen. Preise werden in Höhe von 6.000 EUR (1. Platz), 4.000 EUR (2. Platz) und 2.000 EUR (3. Platz) vergeben.

http://www.eurocartoon.eu/index_de.htm

Förder-Handbuch

Es gibt ein Handbuch durch den EU-Förderdschungel - derzeit leider nur in einer englischen Fassung. Mit dem Sachstand vom 30.9.2008 werden hier auf 59 Seiten Hinweise für die Akquisition und Kombination von EU-Mitteln aus unterschiedlichen Fördertöpfen gegeben und zwar für Projekte in den Bereichen Forschung, Innovation und Unternehmensentwicklung. Das Handbuch kann abgerufen werden unter

ftp://ftp.cordis.europa.eu/pub/fp7/docs/practical-guide-eufunding_en.pdf

Europa für Bürgerinnen und Bürger

Es gibt eine neue Version des Programmleitfadens „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ (derzeit nur in Englisch). Die meisten Änderungen betreffen die Aktualisierung und Vereinfachung der Zuwendungskriterien, die neuen Prioritäten für 2009 und den neuen und flexibleren Zeitplan für den Bereich Städtepartnerschaften.

http://eacea.ec.europa.eu/citizenship/guide/documents/programme_guide_2009_en.pdf

Regionales

Arbeit für das Münsterland

Bei meiner Arbeit in Straßburg und Brüssel möchte ich selbstverständlich die Interessen des Münsterlandes stärken. Dazu beispielhaft einige regionale Aktivitäten/Ortstermine der vergangenen Wochen:

- Coesfeld, Ausstellungseröffnung 50 Jahre Europaparlament im Kreishaus
- Münster, Kuratorium Max-Planck-Institut
- Münster, Westfälisch-Lippischer-Landwirtschaftsverband, Health Check
- Lotte, Evangelische Kirche, EU-Talk am Kamin
- Appelhülsen, Betriebsbesichtigung Spedition Hollenhorst,
- Nottuln, Europagespräch im Ratssaal mit Vertretern der Vereine
- Nottuln, Betriebsbesichtigung Klinkerwerk Hagemeister, Emissionshandel
- Borken: Ausstellungseröffnung 50 Jahre Europaparlament im Kreishaus
- Ibbenbüren, Roncalli-Realschule, Schülerdiskussion Jugend in Europa
- Saerbeck, Betriebsbesichtigung EnviTec, Biogas
- Vorträge/Arbeitsgespräche u.a. bei kommunalen Einrichtungen und CDU-Verbänden Rheine, Münster-Handorf, Münster-Altstadt, Borken, Lotte, Greven

Zu Besuch in Straßburg und Brüssel

Folgende Besuchergruppen waren bei mir in den letzten Wochen zu Besuch im Europäischen Parlament in Brüssel bzw. Straßburg:

- Schülerinnen und Schüler des Mariengymnasiums Bocholt
- Schülerinnen und Schüler des Berufskollegs Bocholt-West
- Auszubildende des Studieninstituts Münster
- Schülerinnen und Schüler des Goethegymnasiums Ibbenbüren

Bilder der Gruppen finden Sie auf meiner Homepage: www.markus-pieper.eu

Zu guter Letzt ...

Kostenloser EU-Schülerkalender

Der EU-Schülerkalender 2009/2010 kann jetzt bestellt werden. Der kostenlose Kalender gibt Antworten u. a. auf folgende Fragen: Wie reklamiere ich richtig? Wer hilft mir, wenn ich Schulden habe? Wie schütze ich mich vor Datenklau im Internet? Der Kalender erscheint zwar erst im Juni 2009, muss aber jetzt schon vorbestellt werden. Er wird ausschließlich an Lehrer in Klassensätzen zu jeweils 25 Stück verschickt.

<http://www.europadiary.eu/page.asp?lgid=5&menuID=59>